

Europa 30 Minuten+

100 Tage vor der Europawahl – 100 Argumente wählen zu gehen

Dossier zur Europawahl: www.politik-lernen.at/dossiers



Am 28. Februar 2024 war **Wolfgang Bogensberger**, amtsführender Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission, zu Gast bei Europa 30 Minuten+, um viele gute Gründe zu nennen, warum die Europäische Union für uns wichtig ist und warum wählen zu gehen von großer Bedeutung ist. Es nahmen zahlreiche Schulklassen an der Veranstaltung teil.

1

- **Freier Personenverkehr:** Alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger können sich frei innerhalb der EU bewegen. Sie dürfen in jedem EU-Land wohnen, studieren und arbeiten. Wohn- und Arbeitsortwechsel ist heute gang und gäbe. Wolfgang Bogensberger weist darauf hin, dass es viel einfacher geworden ist, einen Lebensort fernab des Geburtsorts zu wählen, wir nicht mehr vom Zufall abhängig sind, an dem Ort an dem man geboren ist, auch zu leben und zu arbeiten, sondern wir können im Laufe unseres Lebens diesen Ort wählen und auch wieder verändern. Der Schlüssel dafür ist, Fremdsprachen zu lernen, um in einem anderen Land besser Fuß fassen zu können.
- **Eurozone/Schengenraum:** Wolfgang Bogensberger bringt Beispiele aus seiner Jugend, als Österreich noch nicht Mitglied der EU war und er eine Bahnreise in die damalige Tschechoslowakei gemacht hat. An der Grenze erfolgte die Passkontrolle und es wurde genauestens nachgesehen, ob sich niemand irgendwo versteckt. Es war damals eine unangenehme und furchterregende Situation. Zusätzlich musste in der Tschechoslowakei Geld gewechselt werden und damit waren Gebühren verbunden. Heute kann man z. B. nach Bratislava fahren ohne seinen Pass herzuzeigen oder Geld wechseln zu müssen. Das einzige Indiz für die Grenze ist, dass am Handy der Wechsel des Handybetreibers angezeigt wird.
- **Keine Roaminggebühren innerhalb der EU**

Für die heutige Jugend ist die EU-Mitgliedschaft etwas Selbstverständliches. Sie kennt nichts anderes. Das bedeutet jedoch nicht, dass es für immer so bleiben wird. Wolfgang

Bogensberger geht auf die Gefahren für die Demokratie in Europa ein, die auch die Europäische Union schwächen können:

- **Bedrohung von außen:** Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Europa hat sich aber nicht spalten lassen und steht trotz massiver russischer Propaganda, Cyberattacken, Desinformationen, einig an der Seite der Ukraine. Die Ukraine hat selbstverständlich das Recht, sich gegen den Aggressor zu verteidigen und wir dürfen selbstverständlich bei dieser Verteidigung helfen, humanitär, finanziell und auch militärisch. Die Europäische Union ist sich bewusst, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine auch eine veritable Bedrohung für die EU ist, insbesondere für unsere Art zu leben und zu denken. Es geht dabei vor allem um den Schutz unserer rechtsstaatlich-liberalen Verfassung, um den Schutz der Menschenrechte und von Minderheiten.
- **Bedrohung von innen:** Es gibt aber auch innerhalb der EU Kräfte, die vorwiegend nationalistisch orientiert sind. Rechtsextreme und nationalistische Parteien versuchen, die Solidarität innerhalb der Union zu sprengen. Diesen Kräften sind etwa unabhängige Medien oder eine unabhängige Justiz ein Dorn im Auge. Eine Bedrohung im Inneren stellt aber auch die **Gleichgültigkeit** dar, die letztlich eine Gefahr für unsere Demokratie bedeutet. Beispiel Brexit: Junge Menschen waren mehrheitlich gegen und ältere Menschen eher für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union. Da junge Menschen weniger motiviert waren, zur Abstimmung zu gehen, als die älteren, waren letztlich diejenigen in der Mehrheit, die für den Austritt des Vereinigten Königreichs eintraten und der Brexit nahm unaufhaltsam seinen Lauf. Conclusio: **Wahlrecht bedeutet, sich nicht von anderen fremdbestimmen zu lassen, sondern vom Recht auf die eigene Meinung/Position Gebrauch zu machen.**

2

Weitere Gründe, die für Europa sprechen:

- 20 Staaten in der EU haben die gleiche Währung – EURO.
- Reisen in Drittstaaten sind vereinfacht, weil jedes Konsulat eines EU-Staates für die Hilfe an Bürgerinnen und Bürgern auch anderer EU-Staaten verantwortlich ist. (gegenseitige solidarische Unterstützungsleistungen an EU-BürgerInnen in Drittstaaten)
- Schengen garantiert weitgehend Reisefreiheit innerhalb der EU.
- Es gibt EU-weit standardisierte Fahrgast/Fluggast-Rechte
- Europaweite Notrufnummer 112
- Discovery-EU – 18jährige können 1 Monat lang in der EU mit ÖPNV herumfahren. Dafür gibt es ein Jahreskontingent von 15.000 Monatskarten.
- Europaweite Radwege, Verbesserung der Rad-Infrastruktur
- Verbesserter Schutz für FußgängerInnen
- Klimaschutz und Green Deal / Klima ist Top-Priorität. Europa ist der erste Kontinent, der bis 2050 klimaneutral sein wird.
- Baumpflanzprogramm (3 Mrd. Bäume bis 2030 werden gepflanzt)
- Energiewende
- Programm zum Schutz der Ozeane, Artenvielfalt
- Gesetzgebung zur Wiederherstellung und Erholung der Natur
- Umstellung auf Elektromobilität
- Industrie auf Nachhaltigkeit hin abklopfen und fördern / Investitionsförderungen

- Wissenschaftsförderung für Nachhaltigkeit
- Hohe Menschenrechtsstandards / Diskriminierungsschutz für Minderheiten
- Maßnahmen gegen Online-Hetze / Hate-Speech
- Europaweiter Jugendschutz
- Mindestrechte bei Strafverfahren
- Europaweiter Opferschutz
- Gesellschaftliches Organisationssystem (Rule of Law) vor dem Beitritt schaffen und als Mitglied beibehalten

Exkurs Was ist **Rule of Law**?

- Die Regierung darf nur auf Grundlage der Gesetze agieren.
- Diese Gesetze müssen davor in einem demokratischen Entscheidungsprozess zustande gekommen sein (z.B. im demokratisch gewählten Parlament unter Beachtung der Menschenrechte und des Schutzes von Minderheiten beschlossen; Partizipationsmöglichkeit der EU-BürgerInnen am Gesetzgebungsprozess).
- Die Bürgerinnen und Bürger müssen das Recht haben, sich gegen die Anwendung dieser Regeln zu beschweren. Über diese Beschwerden muss letztlich ein unabhängiges Gericht befinden.

Wenn sich ein EU-Staat nicht an „Rule of Law“ hält, gibt es relativ strenge Maßnahmen gegen diese Verstöße.

Besonderheit der EU-Wahl: Das Wahlrecht definiert sich nach Aufenthaltsort. Die Wahl ist sehr bürgerInnenfreundlich eingerichtet. In Österreich darf ab 16 Jahren gewählt werden. **Wir sind alle aufgefordert, von unserem BürgerInnenrecht Gebrauch zu machen!**

3

Fragen der Teilnehmenden an Wolfgang Bogensberger

SchülerInnen, die im Klassenzimmer auf der Leinwand die Folge mitverfolgten, konnten mittels Mentimeter Fragen stellen.

Wie fügt sich die Vertretung der Kommission in Österreich ins EU-Institutionengefüge ein?

Ich arbeite seit mehr als 25 Jahren für die EU-Kommission. Zu Beginn im juristischen Dienst, jetzt in der Vertretung der Kommission in Österreich. Dies ist die „Kommission vor Ort“, es geht hauptsächlich um gegenseitigen Informationsaustausch und Kontakt zu den Menschen vor Ort. Die Vertretung ist direkt der Kommissionspräsidentin unterstellt. Sie übernimmt die Funktion einer Botschaft.

Gibt es die Möglichkeit für Schulklassen, die Institutionen der EU in Brüssel zu besuchen und v.a. gibt es Fördermöglichkeiten für die Reisekosten?

Natürlich ist das Verständnis für das Funktionieren der EU viel nachvollziehbarer, wenn man sich einmal persönlich ein Bild vor Ort gemacht hat. Von der EU-Vertretung in Österreich werden pro Jahr 9 Fahrten (für jedes Bundesland 1 Schulklasse p.a.) nach Brüssel bezahlt. Eine Auswahl an finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten und Programmtipps gibt es unter: www.politik-lernen.at/euinstitutionenbesuchen

Sollte die Europäische Union nicht härter gegen diktatorische und kriegerische Parteiapparate vorgehen?

Die Frage der Sicherheit in Europa ist lange Zeit nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit gestanden. Wir in Europa haben geglaubt, dass sich diktatorische Regime ändern werden, wenn wir mit ihnen Handel treiben. Der Slogan war: Wandel durch Handel. Russland hat uns 2022 eines Besseren belehrt. Wir haben nun schmerzvoll lernen müssen, dass wir bei der eigenen Verteidigung zu lange zu wenig getan haben. In den kommenden Jahren werden wir uns zentral mit der Stärkung der europäischen Sicherheit gegen unseren kriegerischen Nachbarn Russland beschäftigen müssen.

Warum wird die Ukraine trotz Österreichs Neutralität militärisch unterstützt?

Österreich liefert keine Waffen an die Ukraine, und finanziert auch keine Waffenlieferungen.

Ist die Gefahr eines 3. Weltkriegs real, dass, wenn Russland den Krieg gegen die Ukraine gewinnt, es weitere Länder angreifen wird?

Ein räuberischer brutaler Feldzug darf sich im 21. Jahrhundert nicht lohnen. Russland darf diesen Krieg also nicht gewinnen, und Russland wird diesen Krieg nicht gewinnen. Wir Europäerinnen und Europäer werden die Ukraine so lange unterstützen, als dies nötig ist.

Wen würden Sie uns empfehlen, bei der Europawahl zu wählen, um Frieden zu wahren und Krieg zu vermeiden?

Alle Parteien haben meine Unterstützung, die nicht offene oder versteckte Sympathien für Putin haben und ihn direkt oder indirekt, gewollt oder nicht gewollt stärken, etwa weil sie Europa schwächen wollen.

Ein Beispiel: Wenn ein Mann auf der Straße eine Frau überfällt, dann ist es nicht ein Zeichen von Friedensliebe, nichts zu tun. Denn das hilft letztlich dem Aggressor. Das Gebot eines friedliebenden Dritten ist vielmehr, dem Opfer gegen den Aggressor zu helfen. Auch das ist Ausdruck für einen wehrhaften Frieden.

In Europa gibt es nur mehr friedliebende Staaten, mit Ausnahme von Russland und seinem Vasallen Belarus. Russland hat den Krieg gegen die Ukraine begonnen, Russland kann ihn sofort beenden, indem es sich aus der Ukraine zurückzieht. Wenn Russland nicht mehr kämpft, ist der Krieg zu Ende. Wenn die Ukraine nicht mehr kämpft, wird sie von Russland verschluckt.

Putin wird vom Internationalen Strafgerichtshof per Haftbefehl wegen Kriegsverbrechen gesucht. Er hat massenweise Kriegsverbrechen zu verantworten. Ein Ausdruck des europäischen Friedensverständnisses liegt auch darin, dafür zu sorgen, dass Putin vor den Strafgerichtshof gestellt wird und für seine unermesslichen Verbrechen Verantwortung übernehmen muss.

Sind die Klimaziele überhaupt erreichbar?

Ja, das europäische Zwischenziel, bis zum Jahr 2030 einen Rückgang von 55% der CO₂-Emissionen zu erreichen, scheint realistisch. Derzeit sind wir bei minus 32,5% bereits angelangt. Für 2040 hat die Europäische Kommission minus 90% vorgeschlagen. Wenn wir bei unserem Kurs bleiben, ist das Erreichen von Klimaneutralität bis 2050 realistisch.

Wann ist das Ende der Verbrennungsmotoren? Wirklich 2035?

Wichtig beim Umstieg der Automotiven-Industrie ist, dass die Industrie langfristige Planungssicherheit hat. Den Umstieg auf die Elektromobilität wieder umzukehren, ist wirtschaftlich wenig sinnvoll. Meine Prognose: Es wird bei dem Verbot der Neuzulassungen von Autos mit Verbrennungsmotoren ab 2035 bleiben.

Warum wurden Rumänien und Bulgarien nicht in den Schengenraum aufgenommen?

Der einzige Staat, der diesen Beitritt noch blockiert, ist Österreich. Das erscheint weniger europapolitisch, als innenpolitisch motiviert. Wir von der Europäischen Kommission weisen ständig darauf hin, dass beide Länder die Voraussetzungen für den Beitritt zum Schengenraum schon seit langem erfüllt haben und daher rasch aufgenommen werden sollten. Wir hoffen, dass dies noch 2024 geschieht.

Finden Sie, dass der Brexit der EU geschadet hat?

Ja, der Brexit ist eine „lose-lose“-Situation. Beiden Seiten hat es geschadet, der EU, vor allem aber auch dem Vereinigten Königreich. Es wird einige Zeit noch dauern, aber auch für das Vereinigte Königreich ist die Europäische Union letztlich alternativlos. Seit 2024 nimmt das Vereinigte Königreich etwa wieder an dem EU-Forschungsprogramm Horizont Europa teil.

Wird sich die EU künftig noch erweitern? Wie sieht es mit der Türkei oder mit Serbien aus?

Es gibt derzeit neun Beitrittskandidaten. Der Ball liegt stets bei den beitrittswilligen Staaten: Die Kandidatenländer müssen ihre Gesetze an die EU-Regelungen anpassen. Hier geht es um 1000e Gesetze, die innerstaatlich geändert oder neu beschlossen werden müssen. Bei der Türkei sieht es derzeit nicht danach aus, dass hier wirklich ein seriöser Wille zum Beitritt besteht. Bei Serbien gibt es auch so manche Zweifel an der Ernsthaftigkeit. Als Kandidatenstaat sollte man alles tun, was das Land dem Beitritt näherbringt, und alles unterlassen, was das Land vom Beitritt entfernt.

Wie können wir Preiserhöhung und Inflation stoppen? Ist ein Euro-Crash in nächster Zukunft wahrscheinlich?

Ich persönlich schließe einen Euro-Crash aus. Die Zins- und Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist entschlossen und unbeirrt, und darauf ausgerichtet, dass die Inflation (und damit auch die Teuerung) in naher Zukunft zu unserem mittelfristigen Ziel von 2% zurückkehrt. Die EZB ist zuversichtlich, dass dies bald gelingen wird.

Was kann man persönlich gegen den zunehmenden politischen Extremismus, den man auch in den Sozialen Medien mitbekommt, machen?

Zum einen kann man sich an demokratischen Wahlen beteiligen und dabei jene Kräfte stärken, die für ein konstruktives Miteinander stehen. Zum anderen sollten wir versuchen, den Extremismus an der Wurzel zu packen und wieder mehr miteinander ins Gespräch kommen, auch über ideologische Grenzen hinweg. Es eröffnen sich da manchmal neue Perspektiven, die der gegenseitigen Verständigung dienlich sind. Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat im vergangenen Sommer dazu aufgerufen, die eigene soziale Blase zum Platzen zu bringen, indem man in den Sozialen Medien auch einmal Personen folgt, deren Meinung man nicht teilt. Wie immer hat der Herr Bundespräsident da einen sehr guten Punkt.

Welche Kritikpunkte gibt es an der EU?

Es dauert manchmal länger als notwendig, bis eine Entscheidung getroffen wird. Das ist aber meist dem Umstand geschuldet, dass wir hier eben demokratisch die Fragen diskutieren und am Ende eine Lösung finden, mit der alle leben können. Eine Diktatur handelt schneller. Aber man ist auch schneller im Gefängnis, oder man fällt vom Balkon, oder das Flugzeug in dem man sitzt stürzt ab, oder man stirbt beim Spaziergang in Rahmen einer unmenschlichen Behandlung in einem Gulag.